

Wirklichkeit vor und hinter den Kulissen

Autor(en): **Stähli, Olivier**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaersblätter**

Band (Jahr): **71 (1996)**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-324528>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirklichkeit vor und hinter den Kulissen

Olivier Stähli

Das politische Baden hat im Berichtsjahr 1994/95 weitere wichtige Eckpunkte für die städtische Entwicklung in den nächsten Jahren und im kommenden Jahrtausend gesetzt: Im Zentrum stehen die neue Bau- und Nutzungsordnung (BNO) sowie der Entwicklungsrichtplan für das Gebiet Innenstadt Nord (ABB-Areal). Zudem wurden die Vorprojektarbeiten für den Bahnhofsausbau abgeschlossen und für die Neugestaltung des Theaterplatzes ein Projektwettbewerb durchgeführt.

Gerade diesen Ereignissen und Prozessen will sich die Politische Chronik aber nicht widmen. Dies bedeutet nicht, dass diese Arbeiten geringgeschätzt würden. Im Gegenteil, hier werden von den Politikerinnen und Politikern die Weichen für die Zukunft gestellt. Hier wird das Baden des kommenden Jahrtausends definiert. Die Politische Chronik will sich künftig aber nicht an formalen politischen Prozessen – und seien sie noch so wichtig, zukunftsweisend und unverzichtbar – orientieren. Vielmehr sollen im Zentrum der Chronik Prozesse und Ereignisse stehen, welche in der Öffentlichkeit breite Wahrnehmung erfahren haben und somit das Denken und Handeln einer breiten Bevölkerungsschicht in der Region Baden über einen längeren Zeitraum mutmasslich zu prägen vermochten.

Sicher wäre es nötig und wünschenswert, dass die neue Bau- und Nutzungsordnung sowie der Entwicklungsrichtplan eine solche breite Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erfahren würden. Sie tun es aber nicht. Mit dieser Aussage ist keinerlei Kritik verbunden. Politik, Behörden, Verwaltung, Medien und Industrie haben aussergewöhnlich viel getan, um der Bevölkerung die Bedeutung dieser Planungsarbeiten zu vermitteln und sie daran teilhaben und mitwirken zu lassen. Diese Mitwirkungsmöglichkeiten wurden auch von vielen betroffenen Bevölkerungsgruppen genutzt. Ein breiter Mobilisierungseffekt konnte aber – unter anderem der äusserst komplexen Planungsarbeiten und der geringen offensichtlichen Betroffenheit wegen – nicht erwartet werden.

Was aber hat die breite Öffentlichkeit stattdessen beschäftigt, oder welche politischen Themen haben Zugang zu breiten Bevölkerungsschichten gefunden? Für das aktuelle Berichtsjahr erfüllen zwei Themen diese Voraussetzungen: das Projekt «Riverfront» sowie der Rücktritt von Badens Stadtpfarrer Paul Wettstein.

150 Millionen für die Bäder

Im April 1994 kündigte die israelische Investorengruppe Control Centers Ltd. Group (CC) Investitionen von 150 Millionen Franken im Kurort Baden an. Endlich war eine Lösung für die grossen Probleme im Bäderquartier in Sicht. In Baden machte sich Euphorie breit. Viel mehr als diese Ankündigung war aber nicht in Erfahrung zu bringen. Die Investorengruppe war offenbar nur mit dem Stadtrat in Kontakt und scheute die Öffentlichkeit. Dementsprechend viele Fragen blieben offen: Wie finanzstark ist die Investorengruppe wirklich? Können die potentiellen Investoren die spezielle Situation in der Schweiz und insbesondere in der Region Zürich/Baden (ökonomisch) richtig einschätzen? Wie gestalten sich die Beziehungen zwischen dem Verwaltungsrat der Verena Hof AG und der Investorengruppe? Welche Handlungsfreiheit hatte die Verena Hof AG angesichts offenbar hoher Schulden?

Das «Badener Tagblatt» liess – angesichts der Notwendigkeit, der Öffentlichkeit sagen zu können, ob es sich hier um ein seriöses Projekt handelt – die Investorengruppe von einer Wirtschaftsauskunftei durchleuchten. Der Bericht der Rechercheure war fast überwiegend positiv. Aufgetauchte Fragen wurden von der Investorengruppe – zwar widerwillig – im grossen und ganzen befriedigend beantwortet. Im übrigen herrschte über einen langen Zeitraum absolute Funkstille. Gerüchte machten die Runde, die sich Anfang 1995 als richtig herausstellten:

Im Januar 1995 präsentierte die Investorengruppe schliesslich ein Vorprojekt, das unter anderem einen 20stöckigen Hotelurm im Bädergebiet vorsah. Fast gleichzeitig kamen – diesmal von einem Schweizer Journalisten in Israel – wieder unbequeme Fragen zur Vergangenheit der Investorengruppe hoch. Diesmal wurden sämtliche Vorwürfe von der Investorengruppe recht vehement zurückgewiesen.

Im Mitwirkungsverfahren wurde das Vorprojekt mit dem 20stöckigen Turm fast einhellig als völlig überrissen taxiert. Zudem wurde bemängelt, dass sich das Projekt zu wenig am Standortvorteil «Thermalwasser» orientiere. Das Vorprojekt wurde mit dem Auftrag, den Umfang um die Hälfte zu reduzieren, zur Überarbeitung zurückgewiesen. Offenbar hat die Investorengruppe nun die Planungsarbeiten einem anderen Architekturunternehmen übertragen.

Von Pflichtzölibat und Priesterinnen

Das Vorspiel wurde im Frühling 1994 von CVP-Stadtrat Peter Conrad eingeläutet. In einem provokativen Leserbrief im «Badener Tagblatt» zog er – zwar nicht zum erstenmal, aber in bisher nicht gekannter, kompromissloser Form – über das Pflichtzölibat für Priester und die unakzeptable Stellung der Frau in der römisch-katholischen Kirche her:

«Verharrt die katholische Kirche weiterhin in ihren romzentrischen, sklerotischen Strukturen, werden ihr die Leute – vor allem die jungen – weiterhin scharenweise davonlaufen», prophezeite Conrad. Der Leserbrief endete mit folgendem Abschnitt: «Katholikinnen aller aufgeklärten Länder, vereinigt Euch! Setzt die Amtskirche unter massiven Druck, stellt ein Ultimatum (...) und droht für den Fall des unbenützten Ablaufs, dass Ihr mit Euren Kindern aus dieser Kirche austretet. Wir aufgeklärten Männer würden Euch folgen, Frauen, tut um Gottes Willen etwas Mutiges, wenn wir Männer es schon nicht tun. Und verlangt als Dreingabe auch noch die Abschaffung des Zölibats.»

Der für sein Temperament bekannte Conrad erläuterte später, dass es sich bei seinem Leserbrief um ein Pamphlet handle und die Forderung nach Ultimatum und Kirchenaustritt als rhetorisches Mittel zu verstehen sei. Die öffentlichen Reaktionen in Baden waren mehrheitlich positiv, kritische oder erzürnte Reaktionen waren einerseits aus dem konservativen Flügel der katholischen Kirchgemeinde und andererseits von auswärts zu verzeichnen.

Die katholische Kirchgemeinde Baden kam danach nicht mehr zur Ruhe: Nur kurze Zeit später wurde bekannt, dass der Badener Stadtpfarrer Paul Wettstein auf den 31. Juli 1994 von seinem Amt zurücktreten werde, weil er 1995 zu heiraten gedenke. Das umstrittene Pflichtzölibat, aber wegen der ungewissen Nachfolge und der interimsmässigen Amtsübernahme von «Stadtpfarrer» Elisabeth Cohen (offiziell Pastoralassistentin) auch die Weihe- und Amtsfähigkeit von Frauen standen wieder im Mittelpunkt des nationalen (Medien-)Interesses.

Die Reaktionen der Öffentlichkeit waren eindeutig: Grosses Bedauern über den Verlust des geschätzten Pfarrers, aber auch breites Verständnis für die Entscheidung von Paul Wettstein. Kritische Stimmen kamen wiederum aus dem konservativen Flügel der katholischen Kirchgemeinde und vor allem von auswärts. Der Bischof von Basel, Hansjörg Vogel, suchte Baden auf und stellte sich der Öffentlichkeit, vermutlich um die Wogen zu glätten. Es gelang ihm tatsächlich, die Fronten etwas zu entschärfen.

Rund ein Jahr später konnte die katholische Kirchgemeinde in Josef Grüter einen neuen Stadtpfarrer wählen. – Und Bischof Hansjörg Vogel erklärte wegen bevorstehender Vaterschaft seinen Rücktritt.

Vom Umgang mit der Bevölkerung

Inwiefern haben diese Ereignisse, die eine grosse Publizität und eine breite Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden haben, das Denken und Handeln der Bevölkerung in der Region Baden beeinflusst?

Bezogen auf das Projekt «Riverfront» kann sicher gesagt werden, dass in der Bevölkerung Verunsicherung und «ein ungutes Gefühl in der Magengegend» vorherrschen. Dies ist keine gute Ausgangslage für ein innovatives Projekt, das auch ein Umdenken bei der heimischen Bevölkerung erfordert. Wo aber liegt das Problem? Davon ausgehend, dass die Investorengruppe sowohl über die finanziellen Kapazitäten als auch über die nötige Kompetenz zur Realisierung eines solchen Projektes verfügt, hat sie Fehler im Bereich der Public Relations begangen. Vermutlich wurde dem wertkonservativen Charakter der Schweizer Bevölkerung zu wenig Beachtung geschenkt. Zu einem frühen Zeitpunkt hätte der Dialog mit der Bevölkerung gesucht werden müssen, hätten die eigenen Ideen und die daraus für Baden erwachsenden Chancen der Öffentlichkeit erklärt werden müssen. Auf diese Weise wäre nicht derart viel Geschirr zerschlagen worden.

Ein anderes Phänomen präsentiert sich nach den Wirren um den Rücktritt von Stadtpfarrer Paul Wettstein: Offenbar wird seither in der Öffentlichkeit der konservative Flügel in der katholischen Kirchgemeinde und in der CVP als sehr stark – oder sogar dominierend – wahrgenommen. Ein Beispiel dafür lieferte der Rücktritt von CVP-Stadtrat Peter Conrad im Frühjahr 1995. Die vom Parteivorstand als Stadtratskandidatin vorgeschlagene Rita Brühlmann wurde von der Parteiversammlung zu Fall gebracht.

Der Entscheid der Parteiversammlung hatte offenbar mehrere Gründe. Zum einen wurde argumentiert, dass es einem Stadtrat mit den drei Frauen Pia Brizzi, Ruth Blum und Rita Brühlmann an Kompetenz in Sachgebieten (beispielsweise Hochbau) fehle. Zum anderen wurde auch eine Stadtammann-Wahl ins Kalkül miteinbezogen, die nach Ansicht breiter Kreise mit Rita Brühlmann nicht zu gewinnen sei. Interessanterweise wurden aber diese beiden Überlegungen in der breiten Bevölkerung praktisch gar nicht rezipiert, geschweige denn diskutiert (was wirklich notwendig gewesen wäre).

Vielmehr urteilte die Bevölkerung nach einem Muster, das auf Erfahrungen in Zusammenhang mit dem Rücktritt des Stadtpfarrers basiert. Tatsächlich hatten sich konservative Kreise aus der katholischen Kirchgemeinde gegen die potentielle CVP-Kandidatin gewehrt, weil diese aus der Kirche ausgetreten war. Damit war für breite Kreise der Öffentlichkeit klar, dass es sich bei der Nicht-Nomination nur um eine weitere Folge in der Auseinandersetzung zwischen dem konservativen und dem fortschrittlichen Flügel innerhalb der Badener Kirchgemeinde handle.

In Rahmen der ganzen Auseinandersetzung wurde man den Verdacht nicht los, dass diese selektive Wahrnehmung zumindest einigen Vertretern der «*classe politique*» sehr gelegen kam. Denn, wie sagte doch der französische Moralist Joseph Joubert (1754–1824): «Politik ist die Kunst, die Menge zu leiten: Nicht wohin sie gehen will, sondern wohin sie gehen soll.»